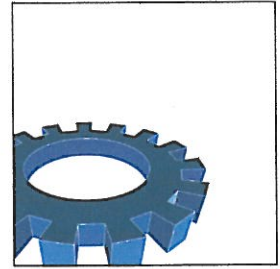


Zentralverband der Ingenieure im öffentlichen Dienst in Bayern e.V.

Stv. Vorsitzender: Dipl.-Ing. (FH) Christian Drexl
Werner-Egk-Bogen 60, 80939 München
Tel.: (089) 31 19 83 36 (privat)
E-Mail: info@zvi-bayern.de
Internet: www.zvi-bayern.de

ZVI



Zentralverband
der Ingenieure im
öffentlichen Dienst
in Bayern e.V.

Per E-Mail

An die
Vorsitzende des Arbeitskreises für
Fragen des öffentlichen Dienstes
Frau Ingrid Heckner
Maximilianeum
81627 München

München. 17.05.2010

**Das Neue Dienstrecht in Bayern;
Anwendung des Leistungsprinzips auch auf Diplom-Ingenieure (FH);**
Ihr Schreiben vom 10.05.2010, N/rem –

Anlagen: 1 FMS vom 002.01.2007
1 Auszug der WR-Drs. 5089/02 vom 31.01.2002

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,
liebe Frau Heckner,

ich danke für Ihr o.g. Schreiben, in dem Sie mitteilen, dass Ihr Ausschuss derzeit keine
Möglichkeit für die vom ZVI Bayern beantragten Verbesserungen sieht.

Die Entscheidung wird im Wesentlichen damit begründet, dass nach Prüfung des
federführend zuständigen StMF „**mehr als 70 % der Bewerber und Bewerberinnen für
die 3. Qualifizierungsebene mit 22/23 Jahren erstmals ernannt werden.**“

Beiliegendem FMS vom 02.01.2007, Az. 22-P 1330-005-29 062/06, können Sie auf S. 2
entnehmen, dass das durchschnittliche Eintrittsalter

- im gehobenen nichttechnischen Dienst bei 23,5 Jahren und
- im gehobenen technischen Dienst bei 27 Jahren liegt.

Damit ist bewiesen, dass die Einstiegsgehälter von vielen künftigen Beamtinnen und Beamten der 3. Qualifizierungsebene abgesenkt werden sollen und **dass deshalb ein Verstoß gegen den Eckpunkt 3 vorliegt.**

Das Zahlenmaterial des StMF bezüglich des gehobenen technischen Dienstes bezieht sich ausschließlich auf die Diplom-Ingenieure (FH) der Vermessungsverwaltung mit einer mittleren Studiendauer von 8,0 Semestern (Medianwert). Bei den meisten anderen Ingenieurdisziplinen liegt der Medianwert der Studiendauer bei mehr als 9 Semestern (vgl. Drs. 5089/02 des Wissenschaftsrats vom 31.01.2002), so dass hier das Alter bei der Ernennung im Eingangsamt höher ist als im zitierten FMS dargestellt.

Der ZVI Bayern hat wiederholt beklagt, dass das StMF sowohl die Qualifikation als auch die Berufsaussichten von Diplom-Ingenieuren (FH) unzutreffend beurteilt und deshalb zu falschen Wertungen kommt. Das StMF behauptet z.B., dass **„die Ausbildungsdauer interner und externer Fachhochschulstudiengänge identisch sei und dass es bei externen Studiengängen erst durch die Semesterferien zu einer Ausbildungsdauer von vier Jahren komme** (vgl. Bericht der Staatsregierung an den Präsidenten des Bayerischen Landtags vom 25.04.2007, Az. LB 22-P 1330 – 005-7922/07, S. 11).

Das StMF behauptet ferner: **„Der dem Studium nachfolgende Vorbereitungsdienst beim externen Studium führt nicht zu einer höheren Qualifizierung, ...“** (vgl. S 12 des vorgenannten Berichts).

Um derartige und andere unzutreffende Aussagen des StMF (vgl. Anlage 3 zur Eingabe des ZVI vom 22.02.2010 (ÖD.0717.16)) einer kritischen Prüfung zu unterziehen, haben wir Ihnen angeboten, uns – ohne für einen Auftragnehmer in Erscheinung zu treten – an einem von Ihrer Fraktion in Auftrag gegebenen Gutachten eines neutralen Sachverständigen zu beteiligen. Trotz zunächst positiver Reaktion auf unser Angebot, haben Sie nach längerer Prüfung das Gutachten für entbehrlich gehalten, weil für Sie offenkundig war, dass im Rahmen der Dienstrechtsreform für Ingenieure etwas getan werden müsse.

Wie wir in unserem Schreiben vom 03.05.2010 ausgeführt haben, kommen die nunmehr angedachten Verbesserungen bei vielen besonders leistungsstarken Diplom-Ingenieuren (FH) nicht an. Vor allem beim Zugang zur 4. Qualifizierungsebene besteht ein Nadelöhr, das bereits in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass die Zahl der Aufstiegsbeamten in den höheren technischen Dienst zwischen 1995 und 2006 – trotz des eindeutigen

Beschlusses des Bayerischen Landtags vom 28.11.1996 (vgl. Drs. 13/6534), lediglich von 101 auf 110 angestiegen ist. Das Neue Dienstrecht in Bayern sieht bisher keine Lösung für dieses seit Jahrzehnten bekannte Problem vor.

Die Spreizung der Einstiegsgehälter zwischen der 3. und 4. Qualifizierungsebene von derzeit **800 €/Monat** auf künftig **1.100 €/Monat** ist einzigartig. Weder der Bund noch die anderen Länder sehen derart große Einkommensunterschiede vor. Wir erinnern in dieem Zusammenhang auch nochmals daran, dass die Expertenanhörung vom 08.02.2010 in Ihrem Ausschuss ergeben hat, dass auch die Privatwirtschaft derart große Unterschiede nicht kennt. Mehrere Experten haben zudem übereinstimmend auf einen bereits jetzt bestehenden Fachkräftemangel hingewiesen. Diese Engpässe bestehen, obwohl die Zuschläge für Laufbahngruppen mit Bewerbermangel bereits jetzt gewährt werden könnten und zum jetzigen Zeitpunkt dem aktuell höheren Einstiegsgehalt zugeschlagen werden.

Die vom StMF angedachte Bedarfsdeckung mit Aufsteigern aus der 2. Qualifizierungsebene funktioniert nur in dessen Geschäftsbereich, weil die dort anfallenden Aufgaben des gehobenen nichttechnischen und des gehobenen technischen Dienstes mittels moderner Technologien auch von Aufstiegsbeamten bewältigt werden können. In anderen Ressorts – hier empfehlen wir zur Vermeidung schwerer Fehler eine Schriftliche Anfrage zur Klärung dieser wichtigen Frage – kann dies nicht funktionieren.

Wir bitten Sie, über einen Änderungsantrag eine Lösung herbei zu führen, die den von Ihnen geweckten Erwartungen gerecht wird und eine sachgerechte Anwendung des Leistungsprinzips auf Diplom-Ingenieure (FH) und Bachelors of Engineering ermöglicht.

Für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung danken wir Ihnen im Voraus sehr herzlich und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Drexel
Stv. Vorsitzender